

Brauereiarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbands deutscher Brauereiarbeiter u. verw. Berufsgenossen.

Erscheint wöchentlich Freitags. Redaktionsschluss Dienstag früh 8 Uhr.
Druck von Meißner & Co., Hannover.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Fr. Krieg, Hannover.
Redaktion und Expedition: Hannover, Münzstraße 5, III.

Bezugspreis: 2,10 M. pro Quartal, unter Kreuzband 2,70 M.
Inserate: die sechsgepaaltene Kolonelleile 40 S., für Mgl. 30 S.

№ 42.

Hannover, 18. Oktober 1907.

17. Jahrg.

„Ich tret' aus!“

Auch ein „geflügeltes Wort“ in der Gewerkschaftsbewegung.

In der modernen Gewerkschaftsbewegung führt man auf zwei besonders beachtenswerte Spezies von Menschen, die sich immer und überall als die Wegelagerer des Fortschritts diesen selbst in den Weg stellen. Die einen rangieren zu jener vom Gesehe der Trägheit erfüllten Sorte von Indifferenten und Gleichgültigen, die kein Gesehe aus ihrem seelischen Gleichgewicht zu bringen vermögen und die mit eiserner Beharrlichkeit allem Fortschritt Trotz bieten, indem sie sich mit der Ueberlegenheit des Alles-Besserwissenden zu der bequemen Weisheit „es sei immer so gewesen“ bekennen und so jedes Gesehe der Fortentwicklung einfach negieren. Höchstens dann, wenn ihnen lange und eindringlich genug die Notwendigkeit eines beruflichen Zusammenschlusses vor Augen geführt wird, geschieht es zuweilen, daß sie sich erweichen lassen und zugestehen, „daß, wenn etwas erreicht wird, ja auch sie mit davon profitieren“ und es auf diese Weise ja gar nicht nötig haben, sich selbst an einer Organisation zu beteiligen. Ueber diese schmarozhenden Schlingengewächse, die sich an dem Baume des menschlichen Fortschritts emporranken und von seinen Säften zehren, ist schon viel geschrieben und gesprochen worden, und wenn auch zugestanden werden muß, daß infolge des moralischen Einflusses der gewerkschaftlichen Erziehungsarbeit hier manches besser geworden sei, aussterben wird diese Sorte von Egoisten, die auf die Ernte warten, die andre gefät und gepflegt haben, niemals.

Weniger scheint aber noch auf eine zweite Gattung von Menschen hingewiesen worden zu sein, die nicht minder gefährlich für den Kampf der Arbeiter um ihre Lebenshaltung ist. Wie oft und bei welchen verschiedenen Gelegenheiten stoßen wir doch immer wieder auf die nicht geringe Zahl von Leuten, die einer Berufsorganisation bereits angehören, die aber sofort, wenn irgend etwas eintritt, was ihnen nicht behagt oder was sie sich nicht auf den ersten Blick erklären können, mit den Drohworten bei der Hand sind: „Ich tret' aus!“ Wie das letzte Mittel der Könige die Kanone ist, so stellen sich jene Naiven in der modernen Arbeiterbewegung dieses „geflügelte Wort“ als das zweckentsprechendste Pressionsmittel vor, um ihren Willen mitunter auch gegen die Meinung der Majorität durchzusetzen. Was immer die Organisation unternimmt, immer vergessen solche im Grunde ihrer Seele oftmals recht brave Menschen, daß nie eine Handlung zugleich allen recht ist und daß ein organisatorisches Gebilde eben nur dann bestehen kann, wenn sich der einzelne der Gesamtheit unterordnet. So sehr man jede freie Meinungsäußerung auch innerhalb einer Organisation als der Erkenntnisweiterung dienlich und den Gesamtinteressen nützlich anerkennen muß, so darf doch nie vergessen werden, daß jede soziale Institution in dem Momente aufhören müßte, als jeder einzelne seine Mitwirkung an einem gemeinsamen Werke nur deshalb versagt, weil er seine Person und seine Meinung über alles stellt und jedes Majoritätsprinzip grundsätzlich verachtet.

Zu keiner Zeit aber kann das „Ich tret' aus!“, diese Devise der Selbstverleugung, so verhängnisvoll werden, als wir ihm am häufigsten begegnen — nach einem aussichtslos oder mit nicht allseitig befriedigten Ergebnissen beendeten Lohnkampf. Hier erhebt sich in der Regel sofort die ganze Schaar der Schwachmütigen und Verzweifelten, denen es scheint, als wären alle Brücken zerbrochen, und der einzelne, der in solchen Situationen seinen Kollegen das resignierte von stummer Unterwerfung zeugende „Ich tret' aus!“ zuraunt, kann hier in der Tat zuweilen recht arges Unheil anrichten. Die ganze Psyche des Lohnarbeiters entspricht bekanntlich nur allzusehr dem hangenden Zweifels und der verzagenden Hoffnungslosigkeit, die nur durch eine gründliche prinzipielle Schulung in der Organisation besiegt werden können. In dieser Aufgabe wirkt aber nichts störender, und für nichts ist der nicht- oder halbdurchgebildete Arbeiter empfänglicher, als für das jede Zukunft feige preisgebende: „Ich tret' aus!“ Gelingt irgend eine Aktion der Gewerkschaft nicht so, wie man sie erwartet hatte, blieb eine Intervention derselben bei einem Unternehmer erfolglos, so kommt natürlich immer wieder der letzte Trumpf das Justament, das man der Organisation entgegenflehendert: „Ich tret' aus!“ Oft genug vermag ein einzelner, der so redet, eine effektliche Anzahl zu seiner pessimistischen Welt- und Lebensauffassung zu bekehren, und in Zeiten einer erlittenen Niederlage im Kampfe wirkt dieser zersetzende Wahspruch wie eine Pest. Eine Pest im moralischen Sinne ist es in der Tat, von der eine psychische Masseninfektion ausgeht, wenn ein solches Schlagwort der Verzweiflung und Denkfähigkeit geprägt und unter den Arbeitsgenossen in Umlauf gesetzt wird.

Von einem kleinen boshaften Jungen, der sich im Winter die Finger erfroren hatte, wird erzählt, daß er schadenfroh erklärt habe: „Gisch, jetzt geschieht meinem Vater recht, daß ich mir die Hände erfroren habe; warum hat er mir keine Handschuhe gekauft!“ An diese Anekdote erinnern auch die

guten Leute mit ihrem Drohwort: „Ich tret' aus!“ sehr lebhaft. Weil ein Erfolg ausgeblieben ist, und eine Sache nicht durchzusetzen war, erklären sie, mit ihrer Drohung jemanden Trotz bieten zu wollen, während sie, genau genommen, doch nur selbst dieser jemand sind, der durch ihr eigentümliches Verhalten getroffen wird. Statt gerade dann, wenn die Organisation einen Mißerfolg oder wenigstens keinen vollen Erfolg zu verzeichnen hat, daraus die Lehre zu ziehen, daß um alle Kräfte angepaunt werden müssen, um Veräusmtes nachzuholen und die Organisation kräftiger und schlagfertiger zu machen, erklären sie wie trotzig Kinder „nicht mehr mit-tun zu wollen“ und verleiten auch andre zur Fahnenflucht, pflanzen Mißmut und Verzagttheit, wo Aufmunterung und Belehrung der Schwachmütigen am Platze wäre. Sie werden so, ohne daß sie es ahnen und beabsichtigen, zu Helfershelfern der Unternehmer, die nichts schädlicher wünschen, als daß die Organisationen zurückgehen, daß Mißstimmung und Verzagttheit die Reihen der Kämpfenden lichten helfen. Bei jeder Gelegenheit beraten die Unternehmer, wie sie eine Schwächung der Arbeiterorganisationen herbeiführen könnten; und das Mittel hierzu wäre doch gar zu einfach, wenn wirklich ein jeder durch die mangelnde Stärke einer Gewerkschaft herbeigeführte Mißerfolg die Arbeiter davon überzeugen könnte, wie notwendig es sei, daß man jetzt — austritt! So liegt also in den leichtfertigen und garstigen Worten: „Ich tret' aus“ eine ganze Welt der Reaktion, die aller kulturellen Fortentwicklung hindernd im Wege steht. Ein Schlagwort, das unsere Zeit vergiftet und in jeder sozialen Gemeinschaft wie zersetzendes Scheidewasser wirkt, muß auch dieses antisoziale Sprüchlein bekämpft und ausgemerzt werden, wenn ein hartnäckiges Bollwerk fallen soll, das bei jedem Schritte nach vorwärts unsern Weg erschwert!

Die Verteuerung der Lebenshaltung.

In wie einschneidender Weise die derzeitige Zollpolitik die Lebenshaltung der Massen beeinflusst, dafür ist ein weiterer Beleg eine im Verlag von Fischer-Zena unter dem Titel „Die Verteuerung der Lebenshaltung im Lichte des Massenkonsums“ erschienene Publikation von Herr. Fürtch. Unsere Gegner pflegen, soweit sie eine Verteuerung der Lebensmittel und sonstigen Massengebrauchsartikel nicht leugnen können, die Behauptung aufzustellen, daß diese mehr als weit gemacht werde durch die gewaltige Steigerung der Löhne in den letzten Jahren. Für Frankfurt a. M. geht aus den Fürstlichen außerordentlich wertvollen, zum Teil auf amtlichen, zum Teil auf dem sorgfältig zusammengestellten und kritisch durchleuchteten Material eines Einzelfalles beruhenden Aufnahmen das gerade Gegenteil hervor.

Nach den Feststellungen des Statistischen Amtes der Stadt Frankfurt a. M. betrug von 1896 bis 1906 die Preissteigerung für Fleischwaren durchschnittlich 34 Prozent. Von da bis zum Herbst 1906 vollzog sich eine abermalige Erhöhung von 18 Prozent (Preisliste der Zinnung), zusammen also von 52 Prozent auf Fleischwaren. Getreide, Eier und Milch wurden im Mittel um 28 Prozent teurer. Das bedeutet also eine Preissteigerung, die für die animalischen Nahrungsmittel im Durchschnitt 40 Prozent beträgt. Die vegetabilischen Nahrungsmittel haben eine Erhöhung von mindestens 10 Prozent erfahren. Da nun nach den Aufstellungen der Nürnberg-berger Arbeitergehäusekongresse der Konsum der animalischen sich zu dem der vegetabilischen wie 4 zu 3 verhält, so ergibt sich daraus eine mittlere Preissteigerung von 28,5 Prozent für den Nahrungskonsum. Der Nahrungskonsum stellt aber, nach derselben Quelle, 54,1 Prozent des Gesamtkonsums im Arbeiterhaushalt dar. Daher müßte, um der hier erwähnten Nahrungsausgabe gerecht werden zu können, eine Lohnerhöhung um 19 Prozent eintreten.

Nun ist aber nicht nur die Nahrung teurer geworden. Bekanntlich haben auch die Mieten eine nicht unwesentliche Erhöhung erfahren, während die Kohlenpreise um 22 bzw. 40 Prozent beim großen Kohlenhändler gestiegen sind, was für den kleinen Verbraucher, der im einzelnen einkaufen muß, einen noch weit umfangreicheren und empfindlicheren Aufschlag bedeutet. Und auch alles andere: wollene und baumwollene Webwaren, fertige Kleider, Wäsche, Schuhe, Weiswaren, Küchengeräte, Tischwaren usw. ist wesentlich teurer geworden. Herr. Fürtch bringt für das alles hochinteressante und einwandfreie Daten.

Demgegenüber steht eine Lohnerhöhung, die für die städtischen Arbeiter 13–21 Prozent, für die übrigen (nach einer auf den Sozialklassen der Dreifachtafel auf gebauten Berechnung) etwa 10–20 Prozent beträgt.

Aber noch von einer anderen Seite her wird das Mißverhältnis zwischen Lohnsteigerung und Lebensverteuerung in ein scharfes Licht gerückt. Im ersten Teil der angezogenen Schrift werden nach den sorgfältig geführten, über einen zehnjährigen Zeitraum sich erstreckenden Haushaltsbüchern einer mittelberghäufigen Familie drei physiologische Bilanzen aus den Oktobermonaten dreier verschiedener Jahre gezogen, aus denen zwingend hervorgeht, daß eine bedenkliche Senkung der Ernährungsverhältnisse weiter Schichten stattgefunden haben muß. Während die dort behandelte Familie im Oktober 1896 mit einem Tagesaufwand von 88 Pf. auf den Kopf des Erwachsenen eine das physiologische Normalmaß der Nährheiten um 27 Proz. über-schreitende Ernährung erzielte, finden wir im Jahre 1900 bei einem Verbrauch von 87 Pf. pro Tag und Kopf des Erwachsenen nur noch ein Mehr von 1,4 Proz., das im Oktober 1905 bei einem Aufwand von 84 Pf. ein Minus von 2,5 Proz. ergibt. Dieses Minus beträgt für Eiweiß sogar 13,4 Proz. und für Kohlenhydrate 29 Proz., so daß nur der 35 Proz. betragende Mehrverbrauch von Fetten den Gesamtfehlbetrag geringer erscheinen läßt. Danach beträgt die Spannung zwischen den Jahren 1896 und 1905 29,5 Proz. oder unter Berücksichtigung der Winderabgabe von 4 Pf. pro Tag und Kopf des Erwachsenen 25 Proz.

Schließen wir nun aus dem einen spärlich und praktisch geführten Haushaltsbuch den anderen auf die Allgemeinheit, so ergibt sich uns das Folgende: Im Jahre 1896 brachte eine Tagesausgabe von 88 Pf. eine Ueberernährung von 27 Proz., im Jahre 1900 reichte ein Betrag von 87 Pf. noch eben hin, um eine erwachsene Person in Gemäßheit der Anforderungen der Ernährungs-hygiene zu erhalten, und im Jahre 1905 hätte man, um das Ergebnis von 1896 zu erlangen, 110 Pf. ausgeben müssen. Die 87

Pfennig des Jahres 1900 aber ergeben den im Jahre 1905 für die sachgemäße Ernährung einer erwachsenen Person zu machender Aufwand.

Seitdem hat eine weitere nicht unbeträchtliche Erhöhung aller Lebensmittelpreise stattgefunden, die, wie oben nachgewiesen wurde in Frankfurt einen 18prozentigen Aufschlag der Fleischpreise innerhalb der Zeit von Oktober 1905 bis September 1906 brachte. Da darauf im Frühjahr 1907 eingetretene Verbilligung hat im Laufe des Sommers zum größeren Teil wiederum ansteigenden Preisen weichen müssen.

Dabei gehen wir einer Kohlensteuerung entgegen, die die des Kohlennotjahres noch übertrifft.

Über selbst wenn wir die Teuerung im Jahre 1906 unberücksichtigt lassen und uns lediglich auf den Boden des im Jahre 1905 zur Erhaltung einer erwachsenen Person erforderlichen Nahrungsbezugs, Geldquantums stellen, kommen wir zu höchst bedrohlichen Ergebnissen im Sinne der vollstän-digen Gesundheit und Widerstandsfähigkeit. Unterstellen wir eine Arbeiterfamilie von nur sechs Personen, gleich vier Erwachsenen, und nehmen wir an, daß sie ohne jeder Hilfskonsum auskäme, so bedeutet das immerhin noch eine Ausgabe zu Ernährungszwecken von 4 mal 84 Pfennigen oder von 3,36 M. Den durchschnittlichen Nahrungskonsum mit 60 Prozent der Gesamtausgaben angelegt, verlangte das ein Tageseinkommen von 5,60 M. Wieviel Arbeiter verfügen wohl über ein solches? Ein kleiner Prozentsatz in den Großstädten. Für die übrigen bedeutet der gegenwärtige Stand der Preise der wichtigsten Verbrauchsgüter Unter-ernährung und Rückschritt statt Fortschritt in bezug auf die Anteilnahme an den sonstigen Errungenschaften der Kultur.

Der Kampf in Udernach — und Siegerts Debut.

Der neue, besoldete, mit 10 000 M. sicher gestellte Agitator des „Bundes“, Siegert, hat sein Debut hinter sich. Es ist ein „Helden-tat“. Nach Bundesmutter. Er vollbrachte es in Gemein-schaft mit den Unternehmern gegen die um bessere Verhältnisse, um ihre Existenz, um ihr Koalitionsrecht kämpfenden Kollegen in Udernach, die sie durch Hunger ihre machen möchten. Es ist gut, daß Siegert so schnell seine Qualifikation als Stütze der Unternehmern erbracht, seine Bereitwilligkeit, ihnen im Kampf gegen die Interessen der Kollegen Hilfe zu leisten, gezeigt hat. Danach haben wir ihn einzuschätzen und in Zukunft zu bewerten. Bevor wir das „Helden-tat“ Siegerts näher präzisieren, erst zu etwas andern.

Herr A. b. Flint, Malzfabrikant in Udernach, beehrte und mit einer „Berichtigung“ auf eine Notiz in Nr. 40 der „Brauereiarbeiter-Zeitung“ betreffend die Differenzen mit drei Udernacher Malzfabrikanten, die wir in letzter Nummer brachten. Herr Flint berichtete, daß bei ihm keine Lohnbifferenzen ausgebrochen wären, und daß er auch dem Gauleiter gegenüber seine Bereitwilligkeit, jederzeit einen Tarifvertrag einzugehen, ausgesprochen hätte. Nachher erhielten wir noch eine „Berichtigung“ durch Herrn Rechtsanwalt van Ohemen für den Malzfabrikanten Friedrich Weißheimer. Diese „Berichtigung“ ist von fünf Leuten unterzeichnet, die erklären, bei Friedrich Weißheimer in Stellung zu sein, „ohne daß Lohnbifferenzen vorhanden sind“. Zwei davon werden in dem Bericht als unrichtigerweise als Mitglieder des Verbandes bezeichnet. Wohl von Herrn Weißheimer, um die Sache etwas wirkungsvoller zu machen. Nun, was Lohnbifferenzen sind, darüber müssen die Herren alleamt schon das Urteil uns überlassen, und wie diese „Berichtigungen“ einzuschätzen sind, möge man an folgenden beurteilen:

Nicht nur in diesem Jahre, sondern auch bei der letzten Bewegung waren es gerade die Firmen A. Flint und Friedrich Weißheimer, die unsere Bestrebungen zur friedlichen Lösung der Tariffrage feindlich gegenüberstanden. Die vorjährige Bewegung selbst endigte mit dem Resultat, daß drei Malzfabrikanten den Tarif unterchristlich anerkannten, während die übrigen die Bestimmungen des Tarifs in ihren Betrieben einführen. Über die zwei verkehrend benannten Betriebe hatten nicht die geringste Lust, nach Beendigung des zur Durchführung der Lohnbewegung erforderlichen Streiks in vergangenen Jahre streikende bzw. organisierte Arbeiter einzustellen resp. zu beschäftigen. Es bedurfte wiederum des nötigen Einflusses, um diese Unternehmer von ihrem Standpunkt abzurufen. Unse mit Erfolg gekrönten Bemühungen finden wir in nachfolgender Vereinbarung bestätigt:

„Die Malzfabriken Friedrich Weißheimer und Adolf Flint in Udernach verpflichten sich, von heute ab bis zum Schluß der diesjährigen Malzkampagne nur Arbeiter des Udernacher Brauereiarbeiter-Verbandes nach Bedarf einzustellen, und hat vorstehendes nur Bezug auf diejenigen Arbeiter, welche bei Beginn der Lohnbifferenzen arbeitslos geworden waren.“

Hiergegen verpflichtet sich der Führer des Udernacher Brauereiarbeiter-Verbandes, Herr Wilh. Frank, die Maßregeln, welche von seiten des Gewerkschaftskartells in Köln gegen die Brauereiarbeiter der Firma Fr. Weißheimer getroffen waren, sofort zurückzuziehen.

Udernach, 9. Januar 1907.“

Nach vorstehendem hätte man annehmen dürfen, als hätten auch diese Unternehmer das Bedürfnis nach Ruhe und Frieden; die Erfahrung hat uns das Gegenteil gelehrt. Nicht nur, daß ins-besondere die Firma Fr. Weißheimer die eingegangene Verpflichtung nicht einhielt, sondern diese bei jeder Gelegenheit zu umgehen verstand, sahen wir ferner, daß auch nach Schluß der Kampagne gegen unsre Kollegen, zumal gegen diejenigen, die sich des Unternehmerhasses besonders erfreuten, ein förmliches Kesseltreiben begann. Die Schwärze wurde in Umlauf gesetzt, von einer Arbeitsstelle zur andern wurden unsre Kollegen geholt. Mit der Furcht der Konventionalstrafe wurden rücksichtsvollere Unter-nehmer gezwungen, den Beschlüssen der Scharfmacher Rechnung zu tragen. In dem ganzen Vorgehen liegt Schlimmes.

Der letzte Vertrag, der nur für die verlossene Kampagne Geltung hatte, enthielt einige Bestimmungen, die dazu angetan waren, Scharfmachereien, wie sie von der Firma Fr. Weißheimer beliebt wurden, die Spitze abzubringen. Diese lauteten:

Bei Wiederbeginn der Kampagne werden diejenigen Mägen, die zuletzt ausgestellt wurden, zuerst wieder eingefleht.

Bei Beginn der Kampagne treten beide Kontrahenten zu erneuten Verhandlungen zusammen.

Vorstehende Punkte erklären uns auch den Sturm, der in den Scharfmachertreibern gegen die Organisation in der Absicht, diese zu vernichten, begonnen hat. Nur zu bald mußten sie jedoch einsehen, daß ihre Hoffnung sich nicht erfüllte, daß sich vielmehr das Gegenteil einstellte.

Am 2. September konnten wir die Forderungen dank der regen Tätigkeit unserer Kollegen an die Unternehmer erneut einreichen, und fanden wir auch bei einem Teil von ihnen Entgegenkommen. Über die zwei Firmen A. D. Flink und Fr. Weisheimer machten wir auch hier wieder eine Ausnahme. Während die Firma Weisheimer mit dem „Bund“ einen „Vertrag“ abgeschlossen haben will, den niemand, auch die Bundesmitglieder selbst nicht kennen — und worauf wir noch zu sprechen kommen —, der also ein Geheimnis zwischen Herrn Flink und dem Bundesvorsitzenden Franken aus Köln sein und bleiben wird, hat die Firma Flink den Arbeitern eine Hausordnung, in der die Firma alles, die betroffenen Arbeiter nichts zu sagen haben, vorgelegt. Und hier kommen wir auf die „Berichtigung“ des Herrn Flink bezüglich seiner Geneigtheit zum Tarifabschluss:

Die Lohnkommission, der auch der Gauleiter Frank angehört und von Herrn Flink keine Antwort erhalten hatte, sprach bei diesem Vor. Bei diesem Anlaß erfuhr die Lohnkommission, daß die Firma Flink, statt den Vertrag anzuerkennen, die Arbeitsordnung eingeführt wissen wollte. Die Verhandlung selbst verlief resultatlos. Als die Firma auf Grund dieses keine reip. nicht genügend Arbeitskräfte bekommen konnte, ließ sie durch die Arbeiter erklären, zur weiteren Aussprache bereit zu sein. Bei dieser Verhandlung verfuhr Herr Flink nach folgender Methode. Zunächst wurden die Arbeiter insgesamt in Gegenwart der Kommission auf den Hof gerufen; 10 Beschäftigte: 4 Mälzer, 2 Vorderburchen, 3 Lehrlinge und 1 Malchinist. Die Leute wurden in hartem Tone angesprochen mit den Worten: „Wer dafür ist, daß der von der Organisation vorgelegte Tarif eingeführt werden soll, möge vortreten.“ Darauf traten die Mälzer alle vier vor. Die Schlangengebienen waren, nach Ansicht des Herrn Flink, ausschlaggebend, obwohl der Malchinist und die drei Lehrlinge mit der Entscheidung dieser Frage nicht im entferntesten etwas zu tun hatten. Den Mälzern wurde auch angedeutet, in vierzehn Tagen aufhöhen zu können, worauf dieselben sofort die Arbeit niederlegten. Aber trotzdem, und trotz der Tatsache, daß Herr Flink keine Mälzer, sondern noch drei Lehrlinge annahm, bestanden nach seiner Ansicht keine Differenzen. Wir werden schon selbst darüber urteilen, ob Differenzen bestehen, und wo solche bestehen, werden wir auch mit allem Nachdruck für deren Beseitigung eintreten, auch in der Wahl der Mittel werden wir uns nicht im Geringsten beeinträchtigen lassen.

In allgemeinen können wir mit dem Verlauf der Bewegung zufrieden sein; zwei Firmen haben den nachstehenden Vertrag bereits anerkannt, andre die Anerkennung in Aussicht gestellt.

Tarif-Vertrag

der Malzfabriken Emil Weisheimer und Düsterwalden. So mit dem Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter.

Die Arbeitszeit beträgt täglich 10 Stunden, von morgens 6 bis abends 7 Uhr, mit 3 Stunden Pausen; Nachtschicht 9 Stunden, von abends 7 bis morgens 7 Uhr, mit 3 Stunden Pausen.

Die Sonntagsarbeit wird auf 3 Stunden beschränkt, die weitere Arbeit wird als Ueberstunde mit 60 Pf. vergütet. Jeden dritten Sonntag 36 Stunden frei.

Ueberstunden an Wochentagen sind mit 50 Pf. zu vergüten. Für die Nachtschicht wird eine besondere Vergütung von 3 Mk. gewährt.

Der Lohn pro Woche, eingeteilt in sechs Schichten, ohne Abzug der in die Woche fallenden Feiertage, beträgt 28 Mk.

In Krankheitsfällen werden die ersten drei Tage voll, für die folgenden 14 Tage die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld bezahlt, bei militärischen Übungen bis zu 14 Tagen der volle Lohn. Bei Verdämmnissen infolge Familienangelegenheiten (Geburten, Sterbefällen) und Mißerregungen bis zu 1 Tag erfolgt kein Lohnabzug. — Für geordnete Aufenthalts- und Erdenräume, Wasch- und Wabearrichtungen ist Sorge zu tragen.

Bei Wiederbeginn der Kampagne, soweit sich die Mälzer 14 Tage vor Beginn gemeldet haben, treten sie in ihr altes Verhältniß ein.

Der Vertrag tritt am 15. September 1907 in Kraft und hat Gültigkeit auf 2 Jahre, bis 15. September 1909.

Der Lohn ist gegen den vorjährigen Vertrag um 3 Mk. pro Woche, von 25 auf 28 Mk. gestiegen. —

Man zu dem Debut des Bundesagitators Siegert. Bis zum vorigen Jahre arbeiteten die Undernacher Mälzereiarbeiter und wurden entlohnt nach Belieben der Unternehmer, bis es gelang, sie für den Verband zu gewinnen. Als dies geschehen war, kostete es einen schweren Kampf, um geregelte Verhältnisse einzuführen. Der Kampf war aber, wie schon vorstehend geschildert, erfolgreich, die Arbeitsbedingungen waren erhebliche, und es war einmal Regel und Ordnung geschaffen. Das können jedoch manche Unternehmer schlecht verstehen, sie, die gewohnt sind, nach Belieben zu schalten, und sie suchen nach Mittel, wie sie wieder ihre Selbstherrlichkeit herstellen, das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter beseitigen können. So auch hier besonders die Malzfabrik Friedrich Weisheimer. Die Kollegen in den Undernacher Mälzereien sind wohl ausschließlich einheimische, verheiratete Leute. Daran rechnete Herr Fr. Weisheimer. So lange waren sie Jahr aus Jahr ein willkommen als Ausbeutungsobjekte. Nun ist aber im Verband organisiert, höhere Ansprüche für ihre Arbeitsleistung stellen und in ihrer Einigkeit es auch durchsetzen, den Profit des Herrn Fr. Weisheimer und auch seine Selbstherrlichkeit etwas beschränken, versucht Herr Fr. Weisheimer das Mittel der Aushungerung, um sie wieder ganz gefügig zu machen, wie es ehemals war. Und in diesem „edlen“ Bestreben möchte und fand er Beihilfe vom Bund deutscher Brauereiarbeiter, der ähnliche „verbreiternde“ Bestrebungen schon seit jeher unterstüzt hat, und bei rüchtländigen Unternehmern dafür bekannt und „geschätzt“ ist.

Herr Fr. Weisheimer wandte sich — es soll dies schon im Juni geschehen sein — an den Vorsitzenden des Bundesvereins in Köln, Franken, zur Beschaffung von Arbeitskräften, damit er die so lange Jahre Beschäftigten ausschalten könne. Bei Franken, dem „wichtigen“ Arbeitswilligen, fand er selbstverständlich Unterstützung. Die Forderung von Leuten zu allen Zwecken ist bei den verschiedenen Bundesbüros in Rheinland-Westfalen eine ständige Einrichtung, und oft eine recht einträgliche. Mit diesem Franken soll Fr. Weisheimer einen „Tarifvertrag“ abgeschlossen haben gegen die Verpflichtung, daß ihm Franken lauter Bundesmitglieder für diese Kampagne liefert. Die Forderung erfolgte. Als den verschiedenen Städten wurden Bundesmitglieder aus der Arbeit geholt und zu Fr. Weisheimer in Undernach geschickt, um die Undernacher Familienväter, die sich im vorigen Jahre im Verband bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse erkämpft haben, auszuheuern zu helfen und die diesjährige Lohnbewegung möglichst zu hintertreiben. Das war der einzige Zweck, und danach muß man diese Handlungsweise bewerten. Es ist dies viel schlimmer als Streikbruch und direkte Streikbrecherlieferung.

Es ist hierbei noch zu beachten, daß in Undernach selbst infolge angeblicher Neuerungen in den Betrieben immer mehr Mälzer überflüssig werden — die Firma Fr. Weisheimer allein will infolge technischer Neuerungen in diesem Jahre 6 Mann weniger beschäftigen — daß 30-40 Mälzer, Familienväter, dort arbeitslos sind. Als unser Gauleiter Frank den Kölner Bundesvorsitzenden Franken dazu auf aufmerksam machte, daß durch ihr Beginnen Familienväter brotlos gemacht würden, meinte der „charaktervolle“ Mann, daß wir es ihm nicht verdenken könnten, wenn er auf diese Weise den „Bund“ verpflanzen könnte. Das ist der jesuitische Grundsatz in derwerflichsten Weise in Anwendung gebracht: der Zweck heiligt die Mittel! Familienväter werden brotlos gemacht, um Bundesmitglieder, die aus andern Betrieben geholt werden, unterzubringen zu dem Zweck, einen Bundesverband zu gründen.

Und diese Handlungsweise hat die Sanktion des Bundesagitators Siegert erhalten, mit dieser „Geldentat“ fährt er fogar im öffentlichen Leben ein. Das werden wir uns für die Ja-

kunst merken! Die letzte Nummer (41) der „Bundes-Zeitung“ enthält nämlich folgende

Bekanntmachung.

Wir bringen hiermit zur Kenntnis, daß in Undernach a. Rh. eine Zählstelle des Bundesvereins Köln und Umgebung gegründet und mit den Malzfabriken Fr. Weisheimer und Adolf Flink in Undernach a. Rh. ein Tarif abgeschlossen worden ist.

C. Siegert. Franz Franken.

Also auch Herrn A. Flink will man jetzt mit Streikbrechern versehen, wozu auch Bundesmitglieder aus andern Stellen geholt werden. So ersticht denn die alte Streikbrecherliste im „Bund“ mit der Kera Siegert zu neuer Blüte; mit dieser Taktik sollen wohl die erwarteten Erfolge erzielt werden, denn auf andern Wege wird es nicht möglich sein.

Aber an das Ehrgefühl der Bundesmitglieder, die zu dieser Rolle benützt werden, die jetzt in Undernach Familienväter die Existenz stellen sollen, appellieren wir. Wir glauben, so viel davon denn doch bei ihnen voransetzen zu dürfen, daß sie die Arbeitsstellen in Undernach freiwillig verlassen.

Andererseits wird der Kampf mit allem Nachdruck weitergeführt, bis die Herren sich zu dem bequemen, was wir billigerweise verlangen.

Bewegung im Berufe.

Lohnbewegungen. — Tarifverträge. — Differenzen.

† **Zugzug ist ferngehalten nach Augsburg, Undernach (Malzfabriken), Donauwörth, Siegnitz, Moos (N.-W.), Nordhausen (Brennerei Fr. Dege).**

† **Der „Dornlaak“-Schwaps ist boykottiert.** Kollegen, sorgt für Ausföhrung dieses Beschlusses! Besonders in Rheinland-Westfalen wird noch viel „Dornlaak“ konsumiert und sollen die dortigen Kollegen dem Boykott mehr Beachtung schenken.

† **Undernach.** Mit den Malzfabriken Friedrich Weisheimer, A. Flink und Wanken bestehen Differenzen. Die Kollegen allerorts werden dringend ersucht, an Gauleiter Frank, Düsseldorf, Viller Alle 100, um gehend zu berichten, welche Brauereien und Brennereien Fabrikate von den genannten Firmen beziehen.

Zugzug nach Undernach ist strengstens ferngehalten!

† **Augsburg.** Die Organisation der Brauereiarbeiter in Augsburg muß von der Bildsäule verschwinden, auch wenn es bis zum Weibhüten kommt. Mit diesem Gedanken tragen sich die von den Oberbiermachern aufgestellten Brauereibesitzer. Trotzdem schon vor Wochen gepredigt wurde, daß der Streik als solcher benutzbar ist, weil die Brauereien hinreichend mit Personal besetzt sind, haben, wie es scheint, die Brauereibesitzer wieder einmal geflunzt. Diese Herren nebst ihren Erbanenten geben sich alle erdenkliche Mühe, durch Vorspiegelungen, Versprechungen, Entstellungen von Tatsachen arbeitswillige Brauer zu kapern. Aber trotz aller Manipulationen mangelt es noch sehr an brauchbaren Arbeitern; die verständigen Kollegen lieben es nicht, den um ihre Menschenrechte kämpfenden Brauereiarbeitern in den Rücken zu fallen.

Nun versuchen die angeworbenen Streikbrecheragenten in den Brauerherbergen ihr Glück, indem sie den arbeitslosen Kollegen vorreden, daß der Streik benutzbar ist und die offenen Stellen durch die Streikenden nicht mehr voll besetzt werden könnten, folglich genügend Arbeitsgelegenheit vorhanden sei. Wir sind von den Augsburger Brauereibesitzern schon gewohnt, daß sie zu allen Machinationen fähig sind, um die im Kampfe stehenden Brauereiarbeiter niederzurücken; daß sie sich aber solcher Mittel bedienen, durch ihre Agenten auf diese Weise arbeitslose Kollegen nach Augsburg zu locken, hätten wir nicht für möglich gehalten. Daß sich die Brauereibesitzer mit ihren braven Arbeitswilligen in einer großen Klumme befinden, ist hinreichend bekannt, aber diese Scharfmacher haben es doch so gewollt, indem sie jede Anbahnung zu einer Verständigung brüsk zurückweisen haben. Wir getrauen den Kollegen allerorts doch so viel Verständnis und solidarischen Gefühl zu, daß sie auf den Schwindel der Augsburger Streikbrecheragenten nicht hereinfallen und Augsburg so lange meiden, bis der Startinn dieser Scharfmacher-Sippe gebrochen ist.

Sollte dieser Kampf noch Monate dauern: die kämpfenden Brauereiarbeiter werden nicht zu Kreuze kriechen, weil sie wissen, daß sie in Augsburg überhaupt nichts zu verlieren haben.

Zugzug nach Augsburg ist ferngehalten!

† **Waubereien.** Ein tarifbrüchiger Unternehmer. Nämlich, wenn auch langsam, fängt es im württembergischen Oberlande zu dämmern an. Die mißlichen Verhältnisse sorgen schon dafür, daß die Brauereiarbeiter aus ihrer lethargie aufwachen. So ist es erstenscheinweise gelungen, eine Anzahl Kollegen dem Brauereiarbeiterverbande anzugliedern und so mit den Brauereibesitzern eine Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in friedlicher Weise herbeizuföhren. Diese Brauereibesitzer haben durch diese Vereinbarungen sicher keine schlechten Erfahrungen gemacht, denn sie geben ohne Vorbehalt zu, daß eine Regelung der mittelalterlichen Zustände, wie sie in diesem Gebiete noch üblich sind, auch im Interesse der Arbeitgeber gelegen ist.

Anderes dachte Herr Adolf Mayer, Besitzer der Kronenbrauerei in Waubereien. Mit diesem Brauereibesitzer wurde im August ebenfalls ein Tarifvertrag abgeschlossen. Leider hat sich Herr Mayer um diese Vereinbarungen, mit welchen er durch Unterschleif sein Einkommen beibehalten, durchaus nicht bekümmert. Dieser kleine Scharfmacher nebst seinem Ablass, dem Braumeister Enier, glaubte durch Maßregelung mehrerer organisierter Kollegen seinen Zweck zu erreichen, nicht nur den Tarifvertrag über Bord zu werfen, sondern auch der Organisation das Lebenslicht auszublauen. Herr Mayer hat auch gar keinen Hehl daraus gemacht und renommierte sogar, sich dieser „roten Bande“ zu entledigen, dann sei wieder „Ruhe“ in seinem Geschäft, er könne wieder nach Belieben schalten und walten.

Am 3. Oktober versuchte Kollege Holzfurtner eine Aussprache mit Herrn Mayer herbeizuföhren und interpellierte ihn über die Tarifverhältnisse, sowie über die fortwährenden grundlosen Entlassungen der organisierten Arbeiter. Herr Mayer stellte nicht in Abrede, diese „Deker“ entlassen zu haben, und bemerkte noch, auf diesen Tarif zu ich . . . ; überhaupt habe er mit diesen Organisierten schon aufgeräumt, er habe bloß noch einen im Betriebe, diesem sei ebenfalls schon gekündigt, dann gehe ich in der Tarif überhaupt nichts mehr an. Holzfurtner versuchte vergebens, diesem Brauereibesitzer klar zu legen, daß er eine Verantwortung habe, diesen Tarifvereinbarungen Rechnung zu tragen, und daß er ferner nicht die geringste Berechtigung beizuge, die Arbeiter auf die Straße zu legen, wenn sie ihre im Tarif vereinbarten Rechte verlangen oder von ihrem gesetzlichen Koalitionsrecht Gebrauch machen. Ferner versuchte er Herrn Mayer zu überzeugen, daß es doch im Interesse seines Betriebes gelegen wäre, geordnete Verhältnisse zu schaffen, um nicht alle zwei Wochen mit einem andern Personal arbeiten zu müssen. Herr Mayer ist dann in eine färmliche Zut geraten und hat seine eigenen Arbeiter mit hier nicht wiederzugebenden Reizen belegt. Auch zwei anwesende Damen ließen es an ihrer Jungenfertigkeit nicht fehlen.

Daß diese Arbeiter eine Berechtigung hatten, eine Verbesserung ihrer nichttraurigen Verhältnisse anzustreben, dafür nur einige Beispiele: Arbeitszeit von 4 oder 5 Uhr morgens bis 7, 8, auch 9 Uhr abends. Adhne waren 75 Mk. pro Monat. Sonntagsarbeit, ohne einmal frei zu haben, 4 und 5 Stunden. Verhandlung alles andre, nur keine menschliche. Daß den Arbeitern auch Schläge angedroht wurden, war keine Seltenheit. Unter solchen erbärmlichen Zuständen erdreistet sich Herr Brauereibesitzer Mayer, zu behaupten, seine Arbeiter wären verhezt worden. Glaubt nun dieser Unternehmer wirklich, ein Monopol zu besitzen, Tarifvereinbarungen ohne weiteres über Bord werfen, die gewerbegeheglichen Be-

stimmungen ignorieren zu dürfen? Herr Brauereibesitzer Mayer war auch der Meinung, seine Arbeiter würden auf diese grobe Provokation die Arbeit niederlegen, und hat von allen Himmelsgegenen, so von Landeshut (Niederbahren), Kreisstadt (Rheinfalz), Arbeiter unter Vorspiegelungen und Entstellung von Tatsachen nach Waubereien gelockt. Auch das Arbeitsamt in Stuttgart wurde mobil gemacht. Aber leider mußte Herr Mayer gewahrt werden, daß auch diese Arbeiter organisiert sind, und den Tarifvereinbarungen Geltung verschaffen. Im übrigen wird sich das Gewerbegericht in Ulm mit dieser Angelegenheit noch zu befassen haben.

Wir wissen wohl, daß nicht allein der Brauereibesitzer Mayer, sondern sein Braumeister Enier zu diesen Differenzen ein gutes Teil beigetragen hat. Genannter Herr hat auch allen Grund, die Organisation möglichst fern zu halten. Wir werden uns ja die Gelegenheit nicht entgehen lassen und diesen Schleier lüften, schließlich wird dann Herr Mayer selbst gewahrt, daß er allen Grund hat, irischen Boden zu legen, aber nicht bei den Arbeitern. Ist Herr Brauereibesitzer Mayer ernstlich beizutreiben, in seinem Betriebe wieder Ruhe einzusetzen zu lassen, dann wird er nicht umhin können, dem Tarifvertrag Rechnung zu tragen. Auch hoffen wir, daß er baldigst zur Einsicht gelangt, daß alle Bemühungen, die Organisation auszurotten, vergebens sind. Die Organisation wird es nicht verzeihen, in welcher schäblicher Weise Arbeiter auf die Straße gesetzt wurden, weil sie sich erlaubten, die im Tarif vereinbarten Rechte zu fordern. Den Brauereiarbeitern im württembergischen Oberlande müge vorstehendes zur Lehre dienen, daß sie ähnliche Streiche nur dann mit Erfolg parieren und ihre gemeinsamen Interessen wahren können, wenn sie sich dem Brauereiarbeiterverbande anschließen.

† **Köln.** In der Adlerbrauerei wird der Tarif in einer geradezu ungläublichen Weise — ausgelegt und außerdem ist dort eine Ausbeutung und Behandlung an der Tagesordnung, die man nur als eine unerhörte Provokation bezeichnen kann. Wie in der Verammlung am 6. Oktober berichtet wurde, läßt man die Bierfahrer um 4 und 5 Uhr noch eine Fuhre Bier von 20 bis 30 Stellen über Land fahren, sodas sie um 10 oder 12 Uhr nach Hause kommen. Morgens früh wird, wer nicht 10 Minuten bei Anfang der Arbeitszeit da ist, das Tor zugeschlossen, und die Leute müssen vor dem Tore warten, bis eine Stunde herum ist. Dann kommen sie wieder herein und wird ihnen diese Stunde am Zahltag abgebogen. So ist es schon vorgekommen, daß sieben Mann vor dem Tore standen und eine Stunde warten mußten. Man läßt die Leute nicht zum Tor herein, die Bierfahrer können nicht zum Tor herauskommen, und dann sollen sie auch abends wieder früh zu Hause sein. Daß die Leute zu spät kommen, ist nicht zu verwundern, wenn z. B. einer zweimal in der Woche bloß 5 bis 6 Stunden Ruhezeit hatte. Wenn dann einmal einer 10 und 15 Minuten zu spät kam, hatte er also 18 Stunden gearbeitet; der Lohn dafür war 1 Mark 1/2 huzug. Es ist die reinste Provokation, wenn man derartig mit den Leuten verfährt, und sonst für eine geordnete Betriebsleitung kein Verständnis hat. Die Kollegen wissen auch gar nicht, auf wen sie eigentlich hören sollen: auf den Braumeister, auf den Expedienten, auf den Stallmeister, der die Touren recht ungeeignet einteilt, oder auf den Portier. Alle wollen sie was zu sagen haben, und einer mehr wie der andre. Zwei Köfer entläßt man wegen Arbeitsmangel, und wenn die Bierfahrer laden wollen, müssen erst 80 bis 100 kleine Kräfte umgefüllt werden, die die Fuhren wieder mitgebracht haben, weil, wenn abgefüllt wird, keine Kräfte da sind. Der ganze Hof liegt voll Kräfte. Wenn der Braumeister darauf aufmerksam gemacht wird, für mehr Gefäß zu sorgen, erklärt er: das hat das Geschäft nicht nötig. Wegen dieser und noch mehrerer Mißstände wurde eine Geschäftsversammlung abgehalten und beschloffen, es soll eine Kommission vorstellig werden.

Auch die alte Arbeitsordnung, die seit 1896 datiert, hat man in den neuen Tarif eingeschoben, die jeden Passus, der im Tarif steht, wieder umhört. Die Erfahrung haben wir gemacht, als seinerzeit drei Bierfahrer, nach Feierabend ohne Bezahlung auszufahren, sich weigerten, wo im Tarif stand, die Ueberstunden müssen bezahlt werden, da küßten sich die Herren vor dem Schiedsgericht auf dem Passus in der Arbeitsordnung, welcher lautet: Alle Arbeiter sind ihren Vorgesetzten in bezug auf den Dienst unbedingten Gehorsam schuldig. Ungehorsam und Widerspächlichkeit berechtigen zu sofortiger Entlassung. Wenn man also sein Recht verlangt, kann man, nach Ansicht der — schlauen Betriebsleitung, entlassen werden.

Als nun der Lokalbeamte bei dem Herrn Direktor anfragt, wann es ihm angenehm wäre, eine Kommission zu empfangen, wollte er alles genau wissen: das Datum, die Namen usw. Als Kollege H. erklärte, er wäre bloß da, um anzufragen, wann die Kommission kommen könnte, das Weitere würde diese dann vorbringen, da fing der Direktor an: Ich lasse mir in meinen Betrieb überhaupt nicht hineinreden usw. und gab zum Empfang der Kommission einen ablehnenden Befehl. Die Versammlung beantragte die zwei Vertrauensmänner, beim Direktor vorstellig zu werden und ihn nochmals zu fragen, ob er auf seinen ablehnenden Standpunkt verharren will. Hoffentlich läßt er sich eines andern belehren.

Die Schwannbrauerei (Durst) stand auch wieder einmal auf der Tagesordnung. Dort sind Zustände, die jeder Beschreibung spotten. Bald ein Drittel der Leute werden stets als Bize eingestellt und dann wieder wegen Arbeitsmangels entlassen, obwohl, wenn auf Ordnung und Reinlichkeit nur halbwegs gesehen würde, viel zu wenig Leute da wären. Mit der Arbeitseinteilung wird auf die Leute gar keine Rücksicht genommen. Der Braumeister hat die Gewohnheit, stets 1/2 Stunde vor Mittag anlaufen zu lassen zum Abfüllen. Dann wird es jedesmal 2 Uhr, ehe der Mann abgelöst wird. Daß da das Mittagessen entweder kalt, oder für Lebige manchnmal gar nichts mehr zu haben ist, weiß wohl ein jeder. Von Umkleide-, Wasch-, Wabearrichtungen oder gar Brauhaus ist keine Spur. Die Leute müssen ihre Maßigkeiten im Sudhaus einnehmen oder im Freien sich auf die Kräfte hinlegen, und wenn's einmal kälter wird, müssen sie halt ein Stück Brot in die Hand nehmen und Trab laufen, damit sie nicht so frieren.

† **Bayreuth.** In der hiesigen Brauerei war dem Vertrauensmann und zwei organisierten Kollegen gekündigt. Nach einer Unterhandlung des Kollegen Holzfurtner wurde die Kündigung zurückgenommen und folgendes vereinbart: Arbeitszeit von 6-6 Uhr, Lohnverhöhung 5 bis 10 Mk. pro Monat, für Ueberstunden 50 und 60 Pf.

† **Rudolstadt. Tarifvertrag der Pöckerbrauerei (Gebr. Krebense) und Löwenbrauerei (Ernst Kellner) mit dem Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter.**

Arbeitszeit von 6 bis 6 Uhr mit 2 Stunden Pausen. Für Vierfahrer gilt der Sudprozeß als Tagesleistung. Die Bierfahrer haben eine tägliche Mindestruhepause von 10 Stunden.

Wochentohn für Brauer und Heizer 22 Mk. pro Woche und steigt jährlich um 1 Mk.; für Vierfahrer 20 Mk. mit derelichen Steigerung. Hilfsarbeiter, welche die Arbeit von gelerntem Arbeitern verrichten, erhalten auch den Lohn. Die Lohnsätze sind rückwirkend.

Sonntagsarbeit eine Stunde unentgeltlich, dann pro Stunde 60 Pf. — Sonntags-Du Jour pro Mann 3 Mk. — Bier- und Eisfahren an Sonntagen bis Mittag mit 1,50 Mk. vergütet.

Ueberstunden 50 Pf. pro Stunde. Für Nachhausen 60 Pf., für Bierlaufen außer der Arbeitszeit 1 Mk. extra, für Ueberlud 2 Mark.

Landtourengelder der Bierfahrer je nach Entfernung 1,50 Mk. bis 2,50 Mk.

Saubrunst 3/4 Liter gutes Lagerbier. — Der Arbeitsnachweise des Verbandes in Rudolstadt wird anerkannt. — Am 1. Mai wird von morgens 10 Uhr, Bierfahrern von 12 Uhr ab freigegeben ohne Lohnabzug.

Bei Verjämnissen von kurzer Dauer, bei militärischen Übungen bis zu 14 Tagen werden Lohnabzüge nicht gemacht, bei Krankheit wird für 14 Tage die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld vergütet.

Ura u b ohne Lohnabzug nach 1 Jahr 3 Tage, nach 2 Jahren 4 Tage, nach 3 Jahren 5 Tage. Der Tarif tritt am 1. Oktober 1907 in Kraft.

† Schaala-Mudolfstadt. Tarifvertrag der Brauerei-
Arbeiter-Gesellschaft Schaala und dem Zentralverband
deutscher Brauerarbeiter.

Arbeitszeit im Sommerhalbjahr 10 Stunden, im Winter-
halbjahr 9 1/2 Stunden, die der Bierfahrer soll wöchentlich 72 Stunden
einschließlich der Pausen nicht übersteigen.

Wochenlohn für Brauer und Heizer bei der Einstellung
23 Mk., steigend jährlich um 1 Mk.; für Bierfahrer 21 Mk., steigend
bis 24 Mk. Hilfsarbeiter, welche die Arbeit der Gelehrten verrichten,
erhalten auch deren Lohn.

Sonntagsarbeit pro Stunde 60 Pf. Sonntags-
Dujour pro Mann 3 Mk. Bier- und Eisfahren an Sonntagen
bis Mittag wird mit 1,50 Mk. vergütet.

Ueberstunden 50 Pf. pro Stunde. Für Bierkassen außer
der Arbeitszeit 1 Mk., für Ueberstube 2 Mk. Extraentschädigung.

Behrgehalt der Bierfahrer bei Landtourneen je nach Entfernung
1,50 bis 2,50 Mk. pro Tag.

Haarstrunk 3 1/2 Liter. — Anerkennung des Verbands-Arbeits-
Nachweises. — Der 1. Mai wird auf Wunsch ohne Anspruch auf
Lohn freigegeben.

Bei kurzen Versäumnissen, bei militärischen Übungen bis zu
14 Tagen erfolgt kein Lohnabzug, bei Krankheit wird für 14 Tage
die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld vergütet.

Urlaub 3 Tage Lohnabzug nach 1 Jahr 3 Tage, nach 2 Jahren
4 Tage, nach 3 Jahren 5 Tage.

Der Tarif tritt am 1. September 1907 in Kraft.

† St. Gallen. Der Streit in der Brauerei Schützengarten ist
nach zwölfjähriger Dauer mit einem teilweisen Erfolg beendet worden.
Die beiden Demaganten Käthe und Hehl werden so gestellt, daß sie
mit den übrigen Arbeitern nicht mehr in Verührung kommen, ferner
wurde von Herrn Billwiler das Versprechen abgegeben, so bald wie
möglich diese beiden Demaganten zu entlassen.

Bei diesem Streit hat auch wieder die kgl. bayer. Staats-
schule Weihenstephan zwei Arbeitswillige geliefert, nämlich
Oskar Nordquist aus Stockholm und Karl Joachim in
St. Gallen aus Oesterreich. Die Arbeitswilligenvermittlung an
der kgl. bayer. Staatschule Weihenstephan ist also inter-
national.

Bier-Depots.

† Ludwigsburg. Der in voriger Nummer veröffentlichte
Tarifvertrag für die Bierdepots in Ludwigsburg betrifft die Bier-
niederlagen folgender Stuttgarter Brauereien: Brauerei Eng-
lischer Garten, Tibolibräuerei, Brauerei Franz und
Brauerei Wulle.

Malzfabriken.

† Schöna. Beendeter Streit und Tarifvertrag. Der
Streit in der Malzfabrik Schöna ist durch einen Tarifvertrag erledigt,
die Arbeit wurde wieder aufgenommen.

Korrespondenzen.

† Schwäbe. Eine außerordentliche Brauerarbeiterversammlung
beschäftigte sich am 6. Oktober mit der Behandlung der Arbeiter in
der Klosterbrauerei. Von Seiten der Agitationskommission
Raffel war Kollege Meier erschienen, der die Kollegen ermahnte,
vor allem bei der Sache die nötige Ruhe zu bewahren, und zum
festen Zusammenhalt aufforderte, dann würde auch stets die Macht
der Arbeiterkollektive den Erfolg bringen. Wenn auch die Betriebs-
leitung weniger Anlaß zur Kritik gibt, so desto mehr der Schla-
ger Engler. Dieser scheint die ganzen Ermahnungen, sich kolle-
giellischer zu betragen, schon wieder vergessen zu haben; hat er sich
doch in der letzten Zeit wieder Ausdrücke bedient, wie: „Ihr
Hunde, so lange ich noch auf der Klosterbrauerei
bin, sollt ihr noch vor Hunger Blut spucken!“
„Ich laufe mir einen Revolver und schieße jeden
übern Haufen!“ usw. Die Kollegen haben diese Drangsaliererei
satt und so wurde Kollege Meier beauftragt, am Montag vorfristig
zu werden und die Entlassung des Engler zu fordern. In der
Unterhandlung mit Herrn Müller wurde uns dann auch ausgedrückt,
daß die Kollegen im Rechte sind. Im Laufe der Verhandlung hatte
p. Engler doch wohl eingesehen, daß es besser ist, wenn er von
selbst geht.

Somit ist für uns die Sache erledigt. An euch Kollegen wird
es nun liegen, dafür zu sorgen, daß sich kein solcher Friedensstörer
wieder einschleicht.

† Groß-Bichterfelde. Daß die Kollegen von Groß-Bichterfelde-
Vantow erkannt haben, daß nur durch die Organisation ihre Inter-
essen vertreten werden können, beweist, daß es möglich war, inner-
halb eines Jahres über 90 Prozent dem Verbands zuzuführen, woran
sich die Berliner Kollegen ein Beispiel nehmen können. Demgemäß
war auch zum 10. Oktober einberufene Versammlung, in der
Kollege Erdger über die Entwicklung der Organisation sprach, sehr
gut besucht und wurde der Vortrag mit Beifall aufgenommen.
Weiter mußte sich die Versammlung am Schlusse noch mit einigen
Kollegen beschäftigen, deren Benehmen ihren Mitarbeitern gegenüber
nicht als ein kollektives bezeichnet werden kann. Hoffentlich be-
darf es nur dieses Hinweises, um die Kollegen an ihre Pflicht ihren
Mitarbeitern gegenüber zu erinnern. Denn nur durch Einigkeit wird
es den Kollegen möglich sein, sich immer mehr ihrem Ziele
zu nähern, auch hier den Berliner Tarif zur Anerkennung zu
bringen.

† Magdeburg. In der Versammlung vom 5. Oktober hatten
wir 2 Aufnahmen und ein Kollege ließ sich umschreiben. Die Ver-
sammlung beschäftigte sich hauptsächlich mit den hier am Orte statt-
findenden Gewerbegerichtsbeschlüssen und erklärte ihr Einverständnis
mit der einzuschlagenden Agitation, nach näherer Angabe des Gewer-
schaftsartells. Bezirksleiter Kollege Unger wies auf die Wichtigkeit
der Gewerbegerichte hin und ermahnte speziell die Vertrauensleute
zu fleißiger Mitarbeit, um die Kandidaten des Kartells siegreich
durchzubringen. Ein Beweis, wie schädlich die Zerplitterung für
die Brauerarbeiter ist, zeigten verschiedene vorgebrachte Mißstände
verschiedener Betriebe. Diesem Uebelstande soll in nächster Zeit ab-
geholfen werden.

† Thorn. Endlich raffen sich auch hier die Kollegen auf, um
ihre schlechte Lage zu verbessern. Schon gehören eine ganze stattliche
Anzahl der Thornener Brauerarbeiter dem Verbands an. Sind doch
die Arbeitsverhältnisse die denkbar schlechtesten. Die Arbeitszeit ist
hier noch eine 12stündige. Sonntags wird jeden Sonntag 3 und
mehr Stunden gearbeitet. Der Lohn kann wirklich für diese Arbeit
ein Hungerlohn genannt werden, denn er schwankt zwischen 14 bis
20 Mk. Höchstlohn. Dabei sind die Nahrungsmittel enorm teuer.
An Miete wird für eine Wohnung von 1 Zimmer und Küche
130—150 Mk. gezahlt. Und dies sind dann immer noch die
Wohnungen, welche nicht mit Unrecht, als Höcher bezeichnet werden.
Sogar die Wohnungen in den Vororten stehen im Preise den
Thornern nicht nach. Hier muß man sich wirklich fragen, wie ist es
möglich, daß die Thornener Brauerarbeiter unter diesen Verhältnissen
sich noch wohl fühlen. Nun, nachdem ihnen der Weg gewiesen, wie
die Lebenslage verbessert werden kann, wird auch die Zeit kommen,
wo mit Hilfe einer starken Organisation andre und bessere Verhältnisse
an Stelle der jetzigen miserablen geschaffen werden. Dies kann
natürlich nur geschehen, wenn sämtliche Brauerarbeiter dem Ver-
band angehören.

Auch die Behandlung in einigen Betrieben seitens einiger Vor-
gesetzten läßt sehr zu wünschen übrig. Vorläufig werden wir mit
den Namen dieser Herren zurückhalten, behalten uns aber vor, bei
passender Gelegenheit das Gebären ins rechte Licht zu rücken. Auch
haben die Herren gar keine Ursache, sich um das Organisations-
verhältnis ihrer Angestellten zu kümmern. Am liebsten möchte man
den Arbeitern das Recht, sich zu vereinigen, verbieten, selbst aber
in recht ausgiebiger Weise davon Gebrauch machen. An den
Brauerarbeitern selbst aber wird es liegen, soll mit den alten
Vorständen aufgeräumt werden, dann muß auch jeder Kollege dem
Verband der Brauerarbeiter angehören. Nur dann, wenn alle
organisiert sind, kann es besser werden. Um den Brauerarbeitern

von Thorn und Umgegend Gelegenheit zu geben, sich über das Wesen
des Verbandes zu orientieren, findet am Sonntag, dem 20. Oktober,
nachmittags 4 1/2 Uhr, in Thorn 3. Bramberger-Vorstadt, Melin-
straße 99, bei Lindle, eine Versammlung statt. Zu dieser Ver-
sammlung muß es sich aber jeder Brauerarbeiter zur Pflicht machen,
pünktlich zu erscheinen.

Rundschau.

— Reservisten! Wie die „Parole“, das Organ der Krieger-
verbände, in einer „Belanntmachung“ verrät, haben mit Genehmigung
der obersten Militärbehörden die jungen Reservisten in diesem Jahre
zum erstenmal mit dem Militärpaß einen kurzen Hinweis auf die
Kriegervereine erhalten, „welcher die Vorteile darlegt, die mit dem
Eintritt in einen Kriegerverein verbunden sind“. Die Kameraden
werden aufgefordert, durch persönlichen Einfluß junge Kräfte für die
Vereine zu werben, und wird empfohlen, Werbekommissionen zu
bilden von Männern, die dieser besonderen Tätigkeit Interesse ent-
gegenbringen.

Wir warnen die vom Militär entlassenen
Kollegen — soweit es noch einer solchen Warnung bedarf —
den Kriegervereinen beizutreten; sie würden damit gegen ihr eigenes
Interesse handeln. Und wenn die „Kameraden Arbeitgeber“ oder
deren Vertreter, die allein in „dieser besonderen Tätigkeit Interesse
entgegenbringen“ mögen, auch mit diesem Anliegen kommen, dann
sagt ihnen, daß sie auch damit unangehörig lassen möchten. Denn
die Kriegervereine, vielmehr ihre Vorstände, die ja niemals Ar-
beiter sind, dulden es nicht, daß sich die Arbeitermitglieder zur
Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen den Gewerkschaften
anschließen.

In einer ganzen Anzahl Orte haben wir die Erfahrung gemacht,
daß bei Lohnbewegungen in Verbandsmitgliedern, die auch Mit-
glied eines Kriegervereins waren, vom Vorstand des Kriegervereins
aufgefordert wurden, aus dem Verbands auszutreten,
widrigenfalls sie aus dem Kriegerverein ausgeschlossen würden. Traten
sie aus dem Verbands aus, so wurde das Ergebnis der Lohnbewe-
gung dadurch zum Schaden aller Arbeiter erheblich beeinträchtigt.
Würden sie nicht ausgetreten sein, so wären sie nicht nur aus dem
Kriegerverein ausgeschlossen worden, woraus sie sich ja weniger
gemacht hätten, sondern sie hätten auch zu bestreiten, über kurz oder
lang unter irgend einem Vorwand aus dem Arbeitsver-
hältnis entlassen zu werden. Arbeitgeber oder deren
Vertreter stehen, besonders in kleineren Städten, in innigem
Kontakt mit dem Kriegervereinsvorstand, dem ja nur „bessere“ Leute
angehören oder in demselben mindestens das Nachwort führen;
vielfach gehören sie dem Vorstand selbst an; daraus erklärt sich denn
das andre.

Zur Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse gehört eine
geschlossene Arbeiterkraft, nur wenn der Unternehmer weiß, daß ihm
eine eintige, geschlossene Arbeiterkraft gegenüber steht, bequemt er sich
zu Zugeständnissen. Die Geschlossenheit der Arbeiter und somit die
Möglichkeit, notwendige Verbesserungen im Lohn- und Arbeits-
verhältnis zu erzielen, ist aber sofort in Frage gestellt, wenn einzelne
Arbeiter in der Betätigung ihrer Arbeit durch den Krieger-
vereinsvorstand gehindert werden können. Diese Arbeiter befinden sich
in solchen Fällen in einer fatalen Lage; sie möchten die Solidarität
mit ihren Arbeitsgenossen nicht brechen, sie möchten aber auch der
Rechte, die sie event. durch langjährige Beitragszahlung im Krieger-
verein erworben haben, nicht verlustig gehen, womit schließlich noch
nachfolgende Schikanen, Protokollmachung verbunden sind. Vor dieser
Gebundenheit in der freien Entschliessung bleibt derjenige bewahrt,
der sich die Fessel der Mitgliedschaft des Kriegervereins nicht angelegt
hat. Die Kriegervereine als solche sind somit infolge des Zwanges,
den sie auf ihre Arbeitermitglieder ausüben und da sie diese
hindern, in der gewerkschaftlichen Organisation für ihre Interessen
einzutreten, nichts als ein Hemmschuh und das größte
Hindernis für eine Verbesserung der Lebens-
lage der Arbeiter. Wer sich also seine Entschliessung in der
Frage der allerwichtigsten Frage der Verbesserung der Lohn- und
Arbeitsverhältnisse bewahren will, der bleibe dem Kriegerverein
fern. So lange und in dem Maße sie Gegner der Gewerkschaften
sind, sind sie Gegner der Arbeiterinteressen über-
haupt.

Noch kein Kriegerverein hat jemals für irgend ein Arbeiter-
mitglied einen Pfennig Lohnerhöhung oder eine Minute Verkürzung
der Arbeitszeit gebracht; er kann dies auch gar nicht, es entspräche
dies weder seinen Befugnissen, noch läge es in seiner Macht; davon
abgesehen dürfte er auch gar nicht den Versuch wagen in Rücksicht
auf seine Untertanen in Mitglieder.

Die Gewerkschaften dagegen haben auf dem Gebiete der
Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter seit Jahren mit
dem größten Erfolg gewirkt. Alles, was für die Arbeiter an Ver-
besserungen erlangt wurde, ist durch die Gewerkschaften geschehen.
Da wird den Reservisten die Wahl nicht schwer fallen, wenn sie zu
wählen haben zwischen Kriegervereinen und Gewerkschaften, wo sie
überdies in den Gewerkschaften Hunderttausende „ehemaliger Kampf-
genossen“ vereinigt finden.

Wie schnell übrigens ein Kriegervereinsmitglied seiner durch
jahrelang gezahlte Beiträge erworbenen Rechte verlustig gehen kann,
hat in letzter Zeit ein Fall in Hannover gezeigt. Ein Kollege, Bier-
fahrer, gehörte, wie alle andern Bierfahrer und Brauerarbeiter,
dem Brauerarbeiterverband an, daneben war er auch altes Mitglied
des Vereins ehem. Garde-Mannern. Er wurde beim Vorstand des letztern
benutzt, daß er einen „sozialdemokratischen Verbands“ angehöre.
Darob Aufforderung seitens des Vorstandes des Mannervereins, er
müsse aus dem Verbands austreten und dieses dem Vorstand nach-
weisend, widrigenfalls er ausgeschlossen werde. Der Kollege teilte
dem Vorstand schriftlich mit, daß er einer gewerkschaftlichen Organi-
sation angehöre, durch die er sich seine Lohn- und Arbeitsverhältnisse
schon des öftern verbessert habe und die ihm auch eintretendenfalls
Unterstützung verschiedener Art gewähre, was er im Verein ehemaliger
Gardeulane nicht habe, er also in seinem eigenen Interesse keine
Veranlassung fühle, aus dem Brauerarbeiterverband auszutreten.
Der Kollege wurde aus dem Mannerverein ausgeschlossen, weil er sich
des gewerkschaftlichen Schutzes und der Vorteile, die ihm seine Organi-
sation bot, nicht begeben wollte; seine bisher gezahlten Beiträge
wurde er ohne jede Gegenleistung los. Trostlos er aber ein altes
Mitglied des Mannervereins war, ist ihm sein Entschluß nicht schwer
geworden; er wußte, was ihm seine gewerkschaftliche Organisation
wert ist und was diese ihm bietet, und er hatte auch allzu deutlich
die „Vorteile“ erkannt, die ihm der Mannerverein bot; er war kein
Geld los, weil er nicht gegen seine Interessen, gegen seine Ehre und
Pflichtgefühl als organisierter Arbeiter handeln wollte und konnte.
Das ist ein Fall von vielen, und das, Reservisten, merkt euch!

— Nachträge zum Streit der Brauerarbeiter in
Eibau, Brauerei Th. Krampf. Die Staatsanwaltschaft hatte
gegen vier Streitende und den Gauleiter im öffentlichen Interesse
Anklage erhoben und zwar wegen „Übertretung und Vergehens nach
§§ 152, 153 der Gewerbeordnung und §§ 360 Ziffer 11, 47, 73 des
Strafgesetzbuchs“.

Der Anklage lag folgendes zugrunde: Am 28. Februar holte
der Buchhalter Jaumeil einen jungen Brauer vom Bahnhof als
Arbeitswilligen ab. Die Eintretenden und der anwesende Gauleiter
stellten dem Arbeitswilligen, namens Wobler aus Kamenz, auf dem
Wege vom Bahnhof die Ursachen des Lohnkampfes vor und ver-
suchten ihn zur Umkehr zu bewegen. Hierdurch sollten sie in be-
wusstem und gewolltem Zusammenwirken gegen die angeführten Para-
graphen verstoßen haben. Sämtliche Angeklagten sollten diesen
Frevel mit einigen Tagen Gefängnis büßen. Drei von den Kollegen
nahmen auch die Strafe ohne Einspruch hin, nur der Gauleiter
Stöcklein und der Brauer Richter beantragten gerichtliche Ent-
scheidung. Sie standen deshalb am 8. Oktober vor dem Schöffen-
gericht zu Cöbersbach.

Die Belastungszeugen: Buchhalter Jaumeil und der Arbeits-
willige Wobler, konnten unter ihrem Eide sehr wenig aufrechterhalten
von dem, was sie in früherem Vernehmungen angelegt hatten, und
verlegten sich auf das Vergessen. Der Angeklagte Richter konnte
nachweisen, daß er gar nicht am Bahnhof war, sondern zur an-

gegebenen Zeit vor der Brauerei Streitposten gestanden habe. Den
Gauleiter Stöcklein wies bestimmt nach, daß er irgend welche
belegende Äußerungen nicht gebraucht habe, und mußte das auch
der Zeuge Jaumeil auf Befragen zugeben.

Der Vertreter der Staatsanwaltschaft stellte es betreffs Richter
in das Ermessen des Gerichts, ob die Strafe anrecht erhalten werden
solle. Für Stöcklein beantragte er jedoch, auf die ausgeworfene
Strafe, drei Tage Gefängnis, wiederum zu erkennen. Recht Garal-
teristisch waren seine Gründe hierfür; er meinte, auch wenn Stöck-
lein die belegenden Äußerungen nicht selbst getan habe, so
habe er sich als Streikleiter doch dadurch strafbar gemacht,
daß er sie geduldet habe usw.

Das Gericht war anderer Meinung und sprach beide Angeklagte
kostenlos frei, die Kosten fallen der Staatskasse zur Last. Der
Amtsrichter hob bei der Begründung des Urteils ausdrücklich hervor,
daß Stöcklein nicht strafbar sei, wenn er andre an ihren Äußerungen
nicht verhindert habe, sondern er müsse, wenn er strafbar sein solle
selbst strafbare Handlungen auch begangen haben; für andre sei es
nicht haftbar.

Man sieht hier wieder, wie das Unternehmertum und sein
Helfershelfer alles versuchen, um kämpfende Arbeiter bei der Ver-
tretung ihrer Interessen hinter Schloß und Riegel zu bringen. Sie
selbst schreden vor Ansperrungen, Berufsverleumdungen, Material-
sperrungen usw. nicht zurück, unbelästigt darum, ob es mit den be-
stehenden Verträgen in Einklang zu bringen ist oder nicht. Aber dem
Arbeiter, der sich Mühe gibt, innerhalb der gesetzlichen Schranken
seine Kämpfe zu führen, dem steht man Polizei und Staatsanwalt
auf den Hals, damit er in seinem Bestreben gehindert werde.
Würden nicht immer die entstehenden Kosten dann vom Staat, das
heißt der Allgemeinheit getragen, sondern denen aufzuerlegt werden,
die solche hilflosen Anzeigen erstatten, so dürfte manche Anzeige für
die Zukunft unterbleiben.

Für die Brauerei Th. Krampf in Eibau dürfte es be-
deutend dienlicher gewesen sein, die geringen Wünsche der Arbeiter
zu erfüllen, als heute ihre um Verbesserung kämpfenden Arbeiter auf
der Anklagebank zu sehen.

— Der „Deutsche Krankenunterstützungs-Verein“ zu
Leipzig. In Mainz hatten sich eine Anzahl Kollegen in den
oben bezeichneten Verein aufnehmen lassen. Als sich dann aber zwei
Kollegen krank meldeten und ihre Unterstützung beanpruchten, be-
kamen sie nichts, im Gegenteil, sie wurden obendrein noch
wegen vorgeblichen Verschweigens früherer Krankheiten ausge-
schlossen. Der Arbeitersekretär in Mainz nahm die Sache in die
Hand, um für die Kranken Kollegen etwas herauszuschlagen; doch die
Kasse muß man innerhalb 14 Tagen verklagen, und die Zeit war
vorbei. Erklärlicherweise traten sämtliche Kollegen aus diese-
Kasse wieder aus, in welcher es mit den Unterstützungsrechten so
aussieht.

— Ein Kulturbild. In Mülheim o. d. Ruhr, der Residenz
des Königs Thyssen, lebte seit einigen Jahren ein etwa 60 Jahre
altes Mütterchen, eine Witwe St., mit ihrem 20jährigen Sohne im
gemeinsamen Haushalt. Da die Witwe schon seit mehr denn zehn
Jahren an Rheumatismus und einer Herzkrankheit leidet und
insolgebessenen arbeitsunfähig ist, so hoffte sie, ihren Sohn, der Soldat
werden sollte, vom Militärdienst frei zu bekommen.
Sie glaubte, hierauf um so sicherer rechnen zu können, als sie bereits
für ältere Söhne für des „Königs Rod“ großgezogen hatte, d. h.
die vier älteren Brüder dieses Jüngsten hatten nämlich ihrer
Militärpflicht genügt. Als Arbeiter mit eigener Familie konnte
sie die Mutter nicht unterstützen, so daß der Jüngere der
Mutter einziger Ernährer war. Doch sowohl die infanzunmäßiger
Reklamationen als auch ein Bittgesuch an den Kaiser blieben
erfolglos! Auch der fünfte Sohn des alten, kranken Mütterchens
mußte des „Königs Rod“ anziehen, obwohl man ihn die Befreiung
des Jüngsten, ihres Ernährers, in sichere Aussicht gestellt hatte.
Die schwer geplagte Frau — seit bald 20 Jahren Witwe — hatte
ihre Kinder ohne Hülfsnahme der Armentasse durch eigener Hände
Arbeit großgezogen; aber als man ihr jetzt in ihrer traurigen
Situation auch noch den letzten nahm, da wandte sie sich an die
Armenverwaltung um Unterstützung. Für drei Monate (Januar
Februar, März) ward ihr auch eine Unterstützung zuteil, dann aber
blieb sie ohne weitere Mitteilung aus. Da nun die älteren ver-
heirateten Söhne der Witwe nicht wollten, daß die Mutter sich weiter
um Unterstützung bemühen sollte, so übernahmen sie gemeinschaft-
lich die Fürsorge für die Mutter. Damit schien diese Seite der Frage
erledigt.

Inzwischen betrieb die Mutter abermals ein Verfahren auf Be-
freiung ihres Jüngsten — aber wieder erfolglos. Doch am 9. d. M.,
abends, erschien nun plötzlich ein Polizeibeamter in der Wohnung der
Witwe und teilte ihr mit, daß sie sofort alles bereit machen
müsse zur Abreise, da sie aus Mülheim — ausgewiesen (!) sei!
am andern Morgen früh 6 Uhr würde sie zwangsweise ab-
geholt.

Pünktlich um 6 Uhr am andern Morgen erscheint denn auch ein
Polizeibeamter in Begleitung eines großen Hundes, um die kranke,
60-jährige Frau über die Mülheimer Grenze zu schaffen. Doch dem
Polizeibeamten und seinem Hunde blieb der Transport erspart. Das
alte Mütterchen war bereits allein gegangen. Nachbarsleute hatten
sie früh um 5 Uhr in leichter Kleidung aus dem Hause gehen sehen,
ohne jedoch darauf zu achten, wohin, seitdem ist
die Behauerwerte verschwunden. Dem gegen die Aus-
weisung protestierenden Sohne hatte der stellvertretende
Herr Bürgermeister gesagt, daß die Ausweisung deshalb
erfolgt sei, weil die Mutter in Mülheim noch keine zwei Jahre
ansässig, somit noch nicht heimatsberechtigt sei. Dieser rechtlich
formale Ausweisungsgrund ändert durchaus nichts an der Härte, er
ist aber auch noch nicht einmal zurechtfindend, denn die Witwe St.
wohnte schon über zwei Jahre in Mülheim. Welches Unmaß vor-
hätte tritt in diesem preußischen Kulturbild zutage! Selbst zuge-
geben, die kranke Witwe hätte wirklich das Heimatsrecht noch nicht
in Mülheim besessen, dann wäre es doch nicht mehr wie recht und
billig gewesen, daß die Unterstützungsfrage durch Vermittlung der
Mülheimer Behörde mit der Heimatsbehörde — in diesem Falle da
nicht weit entfernte Münster — geregelt wurde. Hier Stöcklein
hatte die Witwe beim Militär, der kaufte sie dien-
lich, und doch weist man der alten, kranken Frau
an der Schwelle des Grabes die Tür. „Ich bin ein
Preuße, kennt ihr meine Farben?“

— Der bayerische Konsul in Dresden schreibt in seinem
Jahresbericht für 1906 bezügl. der Brauindustrie in Sachsen
u. a. folgendes:

„Während früher die Brauindustrie sich abseits von der
Schwankungen der Industrie hielt, den Beteiligten eine im wesent-
lichen konstante Rente garantierte und eheben in bezug auf
Wohlfahrts einrichtungen für die Arbeiterkraft, sowie
in bezug auf die Bezahlung derselben an erster Stelle stand,
hat sich dies im Laufe der Jahre wesentlich geändert. Die
Brauereiarbeiter haben sich, beeinflusst durch die Sozialdemokratie,
zusammengeschlossen und betrachten sich jetzt, genau wie die Arbeiter
in andern Industrien, als die Feinde ihrer Brotgeber. Dadurch
bestimmt, haben sich die Brauereien ebenfalls zusammengesetzt, um
die Arbeiterfrage nur nach dem „Was“ zu erledigen. Früher kam
es vor, daß den Brauereien freiwillig Gehaltszulagen gegeben und
insbesonbere bessere Arbeiter herausgehoben wurden; jetzt sind sich
die Brauereien darüber einig, daß man sich nur an die mit dem
Zentralverband der deutschen Brauerarbeiter vereinbarten Lohn-
sätze halten und darüber hinaus nichts bewilligen darf.“

Wie sonderbar malt sich in diesem Kopfe die Welt. Die
Brauereiarbeiter wußten wohl, was sie taten, und wie sehr es in
ihrem Interesse gelegen war, als sie an Stelle der „Wohlfahrts-
einrichtungen“ von ehehem und der „freiwilligen“ Gehaltszulagen, ins-
besonbere für bessere Arbeiter“, tariflich geregelte Verhältnisse auf Grund
ihrer Organisation schufen, gegen welche die Verhältnisse von „ehehem“
sich dann doch sehr betrüblich ausnehmen und nach welchem sie sich
durchaus nicht zurückziehen. Aber wenn nach dem Konsulsbericht
wahr ist, daß die Arbeiterkraft der Brauindustrie in Sachsen in
bezug auf die Bezahlung nicht mehr an erster Stelle steht, wie es
ebendem der Fall gewesen sein soll, andre Arbeitergruppen also ver-

gänzlich bessere Fortschritte darin gemacht hätten, so liegt darin gewissermaßen ein Vorwurf, daß die Brauereiarbeiter immer noch zu passiv sind...

Die Unternehmer und das Koalitionsrecht in Rußland. Der Aktionsausschuß der Handels- und Industriellen...

Die Arbeiter-Christenheit. Wenn du ein Anhänger der Kirche und Mitglied einer Arbeiterorganisation bist, erhalte nicht, daß diese Kirche dich unterstützt...

Arbeiter und Arbeiterfrauen! Seit Jahren kämpfen die Handlungsangestellten zwecks Verkürzung der überlangen täglichen Arbeitszeit...

Forberungen nicht bereits erfüllt sind - und im übrigen bei Einkäufen solche Kaufleute zu bevorzugen...

Arbeiter und Arbeiterfrauen, kauft nicht nach acht Uhr abends und nicht Sonntags ein.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, C. Region.

Abrechnung über den Streik in den Brauereien von Lugenburg (Rahlfstelle Lugenburg) vom 24. Juli 1906 bis zum 10. November 1906.

Table with financial data for Lugenburg strike: Cinnahme 1900, Ausgabe 1541,70, Bilanz 1985,55.

Abrechnung über den Streik in der Bergschloßbrauerei in Berner (Rahlfstelle Salzwedel) vom 14. bis zum 19. September 1907.

Table with financial data for Berner strike: Cinnahme 100, Ausgabe 100, Bilanz bleibt Bestand.

Abrechnung über den Streik in der Prüglerbrauerei in Augsburg (Rahlfstelle Augsburg) vom 17. Mai bis zum 15. Juni 1907.

Table with financial data for Prügler strike: Cinnahme 130,50, Ausgabe 118,50, Bilanz bleibt Bestand.

Verbandsnachrichten. Verbandsbureau Münzstr. 5, III., Hannover. Fernspr. Nr. 5830. Vom 7. bis zum 13. Oktober gingen bei der Hauptkaffe folgende Beträge ein...

i. Cfl. 240. Schwenningen 1,80. Berlin 2,--. Bochum --,95. Friedrichshagen 2,--.

Die Abrechnung für das 3. Quartal haben ein gesandt: Mainz, Halberstadt, Salzwedel, Landsberg, Eilenburg, Köthen, Hameln, Doberan, Langensalza, Nalch, Bromberg, Fürth, Frankfurt a. M., Nordhausen, Waldenburg, Mühlhausen i. Thüring., Krotzschin, Burg, Nabeberg, Weimar, Hamburg I, Trier, Kassel, Rostock und Güstrow.

Material ist abgehandelt: Traunstein 30 Mitgliedsbücher und 1000 Marken a 45 Pf. Berlin II 20 000 Marken a 45 Pf. Köthen 400 Marken a 45 Pf. Eilenburg 800 Marken a 45 Pf. Landsberg a. W. 400 Marken a 45 Pf. Thoren 20 Mitgliedsbücher...

Die Zahlstellenvorstände werden ersucht, die für die empfangenen Fragebogen betr. Feststellung der Beschäftigten- und Organisierten-Zahl, sowie Lebensmittel- und Mietpreise...

Um den Aufenthaltsort nachfolgender Mitglieder: Walter Ludewig, geb. 15. 9. 1882 in Zwönitz, Buch Nr. 45327, und Zaver Füllinger, geb. 5. 12. 1879 in Würth a. D., Buch Nr. 45336, beide eingetretten in Graslben 15. 5. 07, ersucht Mag Unger, Bezirksleiter, Magdeburg, Hoffenhagenstr. 4, III. part.

Detmold. Unterstützungen werden gezahlt bei Aug. Schwarzingen, Logelshofstr. Nr. 1, 2. Cfl., zwischen 7 und 8 Uhr abends. Verzeichniss ist Zentralhalle.

Augsburg. Vorsitzender Joh. Bluml wohnt vorberes Weg, A. 412, part.

Karlsruhe. Die Stelle des Geschäftsführers ist besetzt, den übrigen Bewerbern besten Dank.

Kottbus. Vorsitzender ist J. Polka, Berlinerstr. 87, 5.

Berlin. Das Mitgliedsbuch Nr. 1747, auf den Namen Paul Höper lautend, ist verloren gegangen und wird für ungültig erklärt.

Briefkasten. Zeitungsverband betreffend. Mit nächster Nummer werden wir die Zahl der Zeitungen an die einzelnen Zahlstellen entsprechend der für das dritte Quartal auf den Verzeichnissen angegebenen Mitgliederzahl kürzen...

Veranstaltungsanzeigen. Alpirsbach-Frendensstadt. Sonntag, 20. Oktober, 1 Uhr, im „Deutschen Kaiser“, Alpirsbach.

Berlin I. Sonntag, 20. Oktober, 2 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 1. - Berlin II. Sonntag, 20. Oktober, vorm. 9 1/2 Uhr, bei Böler, Weberstraße 17. Tagesordnung in beiden Versammlungen: Die ungünstige Konjunktur im Brauereigewerbe und die Einstellungen auf „Prozenttag“. Unorganisierte mitbringen!

Detmold. Sonntag, 3. November, 10 1/2 Uhr vorm., in der Zentralhalle.

Dorfmund. Sonntag, 20. Oktober, 3 Uhr, im Lokal Stiemann, 1. Kampfr. Vortrag.

Güterlosh. Sonntag, 20. Oktober, 4 Uhr, bei Klau, Berlinerstraße. Mälzerei- und Brennereiarbeiter mitbringen!

Heidmühle. Sonntag, 20. Oktober, 5 Uhr, Quartalsversammlung der drei Sektionen bei Menz, Schürrens.

Jugolstadt. Sonntags, 19. Oktober, 8 Uhr: Allgemeine Brauereiarbeiter-Versammlung. Referent: Schrembs.

Juchow. Sonntags, 19. Oktober, Quartalsabrechnung bei Leicht. Hücher mitbringen!

Kassel. Sonntag, 20. Oktober, vormittags 10 1/2 Uhr, im neuen Gewerkschaftshaus. Referent: Koll. Göttingen.

Koburg. Sonntags, 19. Oktober, 8 Uhr, in der Neuen Welt. Bringt die Unorganisierten mit!

Lugenburg. Sonntag, 20. Oktober, 2 1/2 Uhr, im Café Bey, Fischmarkt.

Paffau. Jeden zweiten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr, bei Diewald, Ringerstr.

Regensburg. Jeden 1. Sonntags im Monat, 8 Uhr, im Vereinslokal, „Blauer Hestl“.

Reuf. Sonntag, 20. Oktober, 4 Uhr, bei Mademacher.

Stade. Sonntag, 20. Oktober, 2 Uhr, im Lokal Find, Pferdemarkt.

Solingen. Sonntags, 19. Oktober, 8 1/2 Uhr, im Lokal Ern. (Vorstand und Festkomitee halbe Stunde früher).

Stettin. Sonntag, 20. Oktober, abends 6 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Bismarckstr. 10, bei Wilt. Referent Kollege Garzenetter Straßburg.

Willingen. Sonntag, 20. Oktober, 2 Uhr, Restaurator Klajde.

Waldshut. Sonntag, 20. Oktober, 10 Uhr vormittags, im Rheinghof.

kleine Brauerei mit gunglicher Wirtschaft in H. Garschloß... zu verkaufen... X. Englmüller, Seldner, Pfalzheim (Niederbayern).

Brauer-Hofen, Zoppen, Westen... Ernst Kolak, Voigt, Rattencurstr. Nr. 306. Gustav Zenker.

Nervenschwäche, deren Ursachen, Wesen und Heilung. Preisgekröntes, nach den neuesten Erfahrungen bearbeitetes Werk... Kramer & Patzschke.

Ein frühliches Kommitteeleben wünschen ihrem werten Kollegen Wilhelm Ploigt die Kollegen der Brauerei und Niederlagen Lichtenfeld, Sankt- und Südende. Zur Vermählung unsern Verbandskollegen Richard Mura...